



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Tarifbindung darf nicht gesetzlich erzwungen werden“ (Drucksache 20/3573)

Bürokratie vermeiden – Tarifbindung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes, dem sogenannten Bundestariftreuegesetz, Vergaben des Bundes und dessen nachgeordnete Behörden an eine Tarifbindung koppeln und diese so steigern möchte. Bei dieser Entscheidung in eigener Angelegenheit des Bundes sollte die Landesregierung im Bundesrat nicht im Wege stehen und daher einer entsprechenden Initiative im Bundesrat zustimmen.

Eine Wiedereinführung des Tariftreue- und Vergabegesetzes des Landes ist nicht geplant. Das Ziel, die Tarifbindung zu steigern, bleibt dennoch, insofern sich Möglichkeiten ergeben, die keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand bei Unternehmen auslösen.

Weitere bürokratische Vorgaben und Erschwernisse werden viele Unternehmen von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen abhalten. Eine solche Entwicklung gilt es zu vermeiden.

Lukas Kilian
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion